
Vorsitz: Aserbaidtschan**1007. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 6. April 2022 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 11.00 Uhr

Schluss: 12.50 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter R. Sadigbayli

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: **SCHLUSSSITZUNG DES ASERBAI-
DSCHANISCHEN FSK-VORSITZES:**

– *Erklärung von Generalmajor H. Mahmudov, Leiter der Abteilung für internationale militärische Zusammenarbeit, Verteidigungsministerium der Republik Aserbaidtschan*

Vorsitz, Generalmajor H. Mahmudov (Anhang 1), Ukraine (Anhang 2), Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (Anhang 3), Schweiz (FSC.DEL/179/22 OSCE+), Türkei (FSC.DEL/185/22 OSCE+), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 4), Belarus (FSC.DEL/182/22 OSCE+), Kanada (Anhang 5), Vereinigtes Königreich (Anhang 6) (FSC.DEL/184/22), Russische Föderation (Anhang 7), Frankreich – Europäische Union, Armenien (Anhang 8), Deutschland (Anhang 9), Litauen (Anhang 10)

Zur Geschäftsordnung: Österreich, Russische Föderation

Punkt 2 der Tagesordnung: **ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN**

keine

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Beurteilungsbesuch von Expertinnen und Experten in Aserbaidshan vom 28. März bis 1. April 2022: FSK-Koordinator für Hilfsprojekte betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition (Österreich) (Anhang 11), Armenien*
- (b) *Schlussbemerkungen des Vorsitzenden des Forums für Sicherheitskooperation: Vorsitz*

4. Nächste Sitzung:

wird noch bekanntgegeben

1007. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1013, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ASERBAIDSCHANS**

Herr Vorsitzender,
Exzellenzen,
sehr geehrte Damen und Herren Botschafter,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

es ist mir eine Freude, heute zum Abschluss des Vorsitzes von Aserbaidschan im Forum für Sicherheitskooperation (FSK) der OSZE zu sprechen.

Erstmals in 17 Jahren hatte Aserbaidschan Gelegenheit, den Vorsitz im FSK zu führen. Wir sind mit der gebotenen Ernsthaftigkeit an unseren Vorsitz herangegangen und haben uns während unserer Amtszeit nach bestem Wissen und Gewissen bemüht, für die Arbeit des Forums einen Mehrwert zu erbringen und die Erörterungen unter den Teilnehmerstaaten erfolgreich zu lenken.

Der FSK-Vorsitz von Aserbaidschan fand vor dem Hintergrund großer Herausforderungen statt, auch im politisch-militärischen Bereich, die nach wie vor andauern und das Sicherheitsumfeld im gesamten OSZE-Raum weiter komplizieren. Das Vertrauen unter den Teilnehmerstaaten schwindet weiter. Die Rivalität zwischen den politisch-militärischen Blöcken verschärft sich weiter und wirkt sich nachteilig auf den Multilateralismus aus, auch auf die Arbeit der OSZE und dieses Forums.

Natürlich untergraben alle diese Entwicklungen die umfassende und kooperative Sicherheit – eine einzigartige Stärke unserer Organisation – und gefährden die Unteilbarkeit der Sicherheit, die in den Grundlagedokumenten der OSZE festgeschrieben ist.

Wie der Außenminister von Aserbaidschan, S.E. Jeyhun Bayramov, auf der Eröffnungssitzung unseres Vorsitzes am 19. Januar erklärte, waren die Sichtweise Aserbaidschans und sein Herangehen an die Zusammenarbeit im Rahmen der OSZE, einschließlich an die Arbeitsbereiche des FSK, von den Erfahrungen geprägt, die wir in den letzten fast drei Jahrzehnten gemacht haben. Die Souveränität, territoriale Integrität und die international anerkannten Grenzen Aserbaidschans wurden durch eklatante Verstöße gegen die zentralen Grundsätze des Verhaltens der Staaten im Umgang miteinander schwerwiegend untergraben, bevor sie im Herbst 2020 wiederhergestellt wurden.

So lag unser wichtigster Schwerpunkt als FSK-Vorsitz darauf, die grundlegenden Normen und Prinzipien der OSZE sowie die Umsetzung der politisch-militärischen Verpflichtungen nach Treu und Glauben hochzuhalten.

Wir sind der festen Überzeugung, dass die unbedingte Achtung der grundlegenden Normen, Prinzipien und Verpflichtungen, die in den Hauptdokumenten der OSZE angefangen bei der Schlussakte von Helsinki verankert sind, insbesondere die Achtung der Souveränität, der territorialen Integrität und der Unverletzlichkeit der international anerkannten Grenzen der Staaten, nach wie vor das Fundament der Sicherheit und Stabilität sowie auch die Grundlage für die Zusammenarbeit in der OSZE, einschließlich im FSK, bilden.

Das FSK als ein wichtiger Grundpfeiler der Organisation für die politisch-militärische Dimension steht nicht in einem luftleeren Raum. Es ist Teil des umfassenderen politisch-militärischen Umfelds. Deshalb können die sicherheitspolitischen Instrumente, die entwickelt wurden, um zu Frieden, Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum beizutragen, diese Aufgabe nur dann erfüllen, wenn sie mit der bedingungslosen Achtung der grundlegenden Prinzipien und Verpflichtungen, auf denen unsere Organisation ruht, einhergehen.

Nur ein solcher Ansatz seitens der Teilnehmerstaaten kann eine Chance bieten, das Vertrauen zwischen ihnen wiederherzustellen, der Anwendung politisch-militärischer Instrumente neue Impulse zu verleihen, die Berechenbarkeit und Transparenz zu verbessern, einen Multiplikationseffekt der Bedrohungen und die Zuspitzung von Bedrohungswahrnehmungen zu vermeiden und damit Frieden und Stabilität im OSZE-Raum abzusichern.

Herr Vorsitzender,

lassen Sie mich nun zum Programm unseres Vorsitzes kommen, das ein Gleichgewicht zwischen altbekannten und relativ neuen Themen im FSK anstrebte. Im Einklang mit unserer Vision umfasste es Themen von großer Bedeutung und Relevanz für die Organisation.

Unser Vorsitzprogramm begann mit einem Sicherheitsdialog über die Einhaltung des humanitären Völkerrechts und den Schutz der Zivilbevölkerung. Es bedarf keiner Erklärung, warum dieses Thema als Erstes auf unserer Agenda stand. Trotz der bestehenden Rechtsnormen, Standards und einer langen Reihe von Verpflichtungen leidet die Zivilbevölkerung nach wie vor am meisten unter bewaffneten Konflikten und mangelndem Schutz. Der Sicherheitsdialog zielte daher darauf ab, das Bekenntnis der Staaten zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dem humanitären Völkerrecht und der damit zusammenhängenden OSZE-Verpflichtungen zu fördern und zu stärken.

Unter anderem flossen darin die Erfahrungen und die Maßnahmen der aserbaidschanischen Streitkräfte zur Sicherstellung und Förderung der Einhaltung der Bestimmungen des humanitären Völkerrechts zum Schutz von Zivilpersonen durch unsere Militärangehörigen ein. Als Land, dessen Zivilbevölkerung im Laufe des jüngst zu Ende gegangenen, drei Jahrzehnte währenden Konflikts enorm gelitten hat, sind sich Aserbaidschan und sein Verteidigungsministerium der großen Bedeutung dieser Verpflichtung nur allzu bewusst.

Die diesbezüglichen Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, einschließlich der OSZE, sollten verstärkt werden, um den Schutz der Zivilbevölkerung während bewaffneter Konflikte zu gewährleisten. Darüber hinaus sollte die Einhaltung des humanitären Völkerrechts und die Befassung mit Verstößen dagegen auch als notwendiges Element in der Konfliktnachsorge und Friedenskonsolidierung berücksichtigt werden.

Der FSK-Vorsitz Aserbaidshans widmete dem Thema Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) und Lagerbestände konventioneller Munition (SCA), einem der Kernthemen des FSK, besondere Aufmerksamkeit. In diesem Sinne haben wir zwei Sicherheitsdialoge verschiedenen Aspekten von SALW und SCA gewidmet.

Der erste wurde zum konkreten Thema der Minenbekämpfung abgehalten und konzentrierte sich auf die Resolution 2365 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und die wichtige Bedeutung internationaler Hilfe für Länder, die schwer von Minenbelastung betroffen sind. Wir betrachteten die großen Bedrohungen und Herausforderungen, die im OSZE-Raum durch Minen verursacht werden, und erörterten, wie die internationale Gemeinschaft die Minenbekämpfung in der Praxis besser durchgängig berücksichtigen und Hilfe für von Minen betroffene Länder bereitstellen könnte. Wir gingen auch auf Minenbekämpfung als vertrauensbildende Maßnahme ein, darunter in Postkonfliktsituationen, sowie darauf, wie die praktischen Hilfsmechanismen der OSZE in diesem Bereich gestärkt werden könnten.

Außerdem organisierte der FSK-Vorsitz eine Nebenveranstaltung zum Thema „Humanitäre Minenbekämpfung – Herausforderungen, innovative Lösungen und internationale Hilfe“, die Vertreterinnen und Vertreter internationaler und nichtstaatlicher Organisationen, nationaler Behörden und des Privatsektors zusammenbrachte. Die Nebenveranstaltung gab Anstoß zu breiteren Erörterungen und gewährte tiefere Einblicke zu einigen der Aspekte dieses Themas.

Der zweite Sicherheitsdialog über SALW und SCA fand während der 1000. Plenarsitzung des FSK statt – ein historisches Ereignis und ein symbolischer Meilenstein in der Entwicklung des Forums. Dieser Sicherheitsdialog eröffnete eine breitere Perspektive auf das Thema, indem er auf die Umsetzung von OSZE-Verpflichtungen betreffend SALW und SCA, darunter normative Aspekte, das Lebenszyklusmanagement von SALW und SCA und die Bekämpfung des unerlaubten Handels unter allen Aspekten einging. Wir rückten die Entwicklungen im weltweiten normativen Rahmen in diesen Bereichen in den Vordergrund und loteten damit die Möglichkeiten aus, um bestehende Lücken im OSZE-Raum zu schließen.

Die erwähnten Veranstaltungen boten eine gute Gelegenheit, die vollständige und wirksame Umsetzung von Verpflichtungen im Bereich SALW und SCA zu fördern und auch Ideen für deren weitere Operationalisierung und Verstärkung zu erwägen. Zu diesem Zweck sind weitere Bemühungen der Teilnehmerstaaten notwendig. Insbesondere der OSZE-Hilfsmechanismus für SALW und SCA ist nach wie vor das am meisten praxisorientierte, das greifbarste Instrument in diesem Bereich, das vor Ort etwas bewirken kann. Es ist somit von größter Bedeutung dafür zu sorgen, dass der Hilfsmechanismus unparteiisch und unpolitisch umgesetzt und angewendet wird.

Die Rolle und Stellung der nichtpaktgebundenen Länder in der europäischen Sicherheitsarchitektur war eines der Schwerpunktthemen unserer Vorsitzagenda. Nichtpaktgebundene OSZE-Teilnehmerstaaten haben mit ihren Erfahrungen, Sicherheitsstrategien und Herangehensweisen ihren Beitrag zur Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum geleistet.

Als nichtpaktgebundenes Mitglied der Organisation hat Aserbaidschan die Rolle der OSZE für die Verwirklichung der Vision eines Europas ohne Trennlinien und Einflusszonen immer als unabdingbar erachtet und wertgeschätzt. Ein wichtiger Punkt für nichtpaktgebundene Teilnehmerstaaten ist nach wie vor die Frage der Gewährung von Sicherheitsgarantien durch die Staaten, die den politisch-militärischen Blöcken angehören. Eine angemessene Berücksichtigung dieser Frage könnte einen wichtigen Beitrag zur Stabilität und Sicherheit im OSZE-Raum leisten.

Die Bekämpfung des Terrorismus in all seinen Arten und Erscheinungsformen war ein weiterer Schwerpunkt unseres Vorsitzes. Wir haben den von den Vereinten Nationen festgelegten, bestehenden weltweiten Rahmen mit weitreichenden Verpflichtungen zu verschiedenen Aspekten der Terrorismusbekämpfung geprüft. Wir waren auch bestrebt, die Umsetzung dieser Verpflichtungen im OSZE-Raum zu fördern, insbesondere durch einen holistischen Ansatz, der vom umfassenden und dimensionenübergreifenden Sicherheitskonzept der Organisation Gebrauch macht und auch die Arbeitsbereiche des FSK umfasst.

Da die Besorgnisse und Risiken in Bezug auf den traditionellen Sicherheitsbereich zunehmen, ist es wichtig, sich mit den Ursachen des Terrorismus zu befassen. Die Bedrohungen durch den Terrorismus, insbesondere sein Zusammenhang mit Separatismus und gewalttätigem Extremismus, organisierter Kriminalität, Korruption, Geldwäsche und anderen illegalen Aktivitäten sollten weiterhin im Zentrum des Interesses stehen. Darüber hinaus sollten wir berücksichtigen, dass herkömmliche Sicherheitsbedrohungen und -herausforderungen das Problem des Terrorismus verschärfen könnten.

Der letzte Sicherheitsdialog unter unserem Vorsitz war der Konfliktnachsorge und Friedenskonsolidierung im OSZE-Raum gewidmet. Wir sind auf die im OSZE-Raum gemachten Erfahrungen eingegangen und waren bestrebt, der Konfliktnachsorge als wesentlichem Bestandteil des Instrumentariums für den Konfliktzyklus der Organisation weitere Impulse zu verleihen. Mehrere Aspekte der Konfliktnachsorge wurden behandelt, basierend auf dem umfassenden Sicherheitskonzept der OSZE, das alle drei Dimensionen der Sicherheit, darunter die politisch-militärische umfasst.

Da Erfolg oder Scheitern der Konfliktnachsorge weitreichende Auswirkungen auf die Sicherheit hat, die über die Grenzen eines jeden Staates hinausgehen, ist es im gemeinsamen Interesse der internationalen Gemeinschaft, einschließlich der OSZE, sich für das Erreichen der Ziele der Konfliktnachsorge, des Wiederaufbaus und der Friedenskonsolidierung einzusetzen und dahingehend Unterstützung zu leisten, auch durch die Planung der Konfliktnachsorge bereits in früheren Phasen des Konfliktzyklus. Den Bemühungen um die wirksame Nutzung der Fähigkeiten der OSZE zur Konfliktnachsorge, auch in den Arbeitsbereichen des FSK, sollte deshalb weiterhin große Bedeutung beigemessen werden.

Darüber hinaus sind wir auch überzeugt, dass das Forum auch der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und den Folgeresolutionen über Frauen und Frieden und Sicherheit Priorität einräumen sollte. Die Umsetzung dieser Resolutionen unter

allen ihren Aspekten und in allen Phasen des Konfliktzyklus kann einen wichtigen Beitrag zu Frieden und Sicherheit im OSZE-Raum leisten.

Wir betonen auch die Bedeutung des Themas der konventionellen Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen. Gleichzeitig sind wir fest davon überzeugt, dass ihr Hauptzweck darin bestehen sollte, den gemeinsamen OSZE-Grundprinzipien und -Verpflichtungen Wirkung und Ausdruck zu verleihen.

Herr Vorsitzender,

abschließend möchte ich wiederholen, dass der aserbaidische FSK-Vorsitz trotz des komplizierten Sicherheitsumfelds alles daran gesetzt hat, die Prinzipien und die Agenda des Forums im Einklang mit seinem Mandat und unseren gemeinsamen Verpflichtungen zu fördern.

Ich möchte den Teilnehmerstaaten, den Mitgliedern der FSK-Troika – Österreich und Belarus –, den Koordinatoren des FSK-Vorsitzenden und dem Sekretariat für ihre Zusammenarbeit, Unterstützung und Hilfe bei der Verwirklichung des Programms des aserbaidischen Vorsitzes und auch dafür danken, dass sie uns geholfen haben, zur Umsetzung unserer gemeinsamen Verpflichtungen beizutragen.

Wir wünschen Belarus als nächstem FSK-Vorsitz und Belgien als neuem Mitglied der FSK-Troika viel Glück und Erfolg. Aserbaidschan wird in seiner Eigenschaft als Mitglied der FSK-Troika in der nächsten Sitzungsperiode weiterhin zur Arbeit des Forums beitragen.

Ich ersuche um Beifügung dieser Erklärung zum Journal der heutigen Sitzung.

Danke, Herr Vorsitzender.

1007. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1013, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER UKRAINE**

Herr Vorsitzender,

wir danken Generalmajor Huseyn Mahmudov, dem Leiter der Abteilung für internationale militärische Zusammenarbeit des Verteidigungsministeriums der Republik Aserbaidschan, für seine umfassende Erklärung.

Im Namen der Delegation der Ukraine möchte ich auch Seiner Exzellenz Rovshan Sadigbayli und dem gesamten Team des aserbaidchanischen Vorsitzes unseren Dank für die Leitung des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) in diesen äußerst herausfordernden Zeiten aussprechen. Wir schätzen die Bemühungen des aserbaidchanischen Vorsitzes um eine professionelle und unparteiische Leitung der Arbeit unseres Forums in der ersten Sitzungsperiode des Jahres.

Dieses Jahr begann vor dem Hintergrund des beispiellosen militärischen Aufwuchses russischer Truppen entlang der Staatsgrenze der Ukraine mit der Russischen Föderation und Belarus und auch in der vorübergehend besetzten Autonomen Republik Krim, der Stadt Sewastopol und Teilen der Regionen Donezk und Luhansk.

Die Ukraine, die sich vollumfänglich zu friedlichen Mitteln der Konfliktlösung bekennt, auch zu denen, die das politisch-militärische Instrumentarium der OSZE bietet, versuchte, die Lage zu deeskalieren. Die Russische Föderation jedoch verweigerte unter Verdrehung der Idee der Unteilbarkeit der Sicherheit im OSZE-Raum und in eklatanter Missachtung ihrer Verpflichtungen nach dem Wiener Dokument monatelang den Dialog zur Verbesserung der militärischen Transparenz, um die berechtigten Besorgnisse der Ukraine und anderer Teilnehmerstaaten betreffend ihres großangelegten militärischen Aufmarschs zu zerstreuen.

Russlands Behauptungen, seine militärischen Aktivitäten stellten keine Bedrohung dar, erwiesen sich als weitere Lüge. Mit der ersten von der Russischen Föderation gegen die Ukraine abgefeuerten Rakete am 24. Februar wurde dem Wiener Dokument in seiner derzeitigen Form ein schwerer Schlag versetzt.

Wenn die Zeit reif ist, werden wir gerne geeignete Wege zur Modernisierung der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen erörtern, damit das Vertrauen im OSZE-Raum wiederhergestellt werden kann, doch zuvor müssen wir dem unprovokierten und ungerechtfertigten Krieg Russlands gegen die Ukraine ein Ende setzen und die Souveränität und territoriale Integrität unseres Landes wiederherstellen.

Dieser Angriffskrieg ist eine brutale Verletzung der Charta der Vereinten Nationen und der Schlussakte von Helsinki. Die verabscheuungswürdigen und grausamen Gewaltakte, die von den russischen Streitkräften in der Ukraine begangen werden, stellen schwerwiegende Verletzungen der Gesetze und Gebräuche des Krieges und der Normen des humanitären Völkerrechts dar.

Die Angriffshandlungen der Russischen Föderation und ihres Komplizen Belarus gegen die Ukraine – die eindeutig die Definition der Resolution 3314 der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 14. Dezember 1974 erfüllen – haben die internationale Sicherheitsarchitektur erschüttert und unsere Arbeit in der OSZE untergraben.

Angesichts dessen kann es in der Arbeit der OSZE und des FSK als des wichtigsten politisch-militärischen Organs unsere Organisation kein „business as usual“ geben. Diesbezüglich haben wir die vom aserbaidjanischen FSK-Vorsitz unternommenen Schritte zur Anpassung der Arbeit unseres Forums an die neuen sicherheitspolitischen Gegebenheiten erfreut zur Kenntnis genommen.

Während der ersten Sitzungsperiode konzentrierte sich das FSK auf die militärischen und politischen Aspekte des Kriegs Russlands gegen die Ukraine. Wir danken den Teilnehmerstaaten für ihre ungebrochene Unterstützung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen.

Breite internationale Unterstützung und Solidarität angesichts einer brutalen bewaffneten Aggression sind nach wie vor ein wesentliches Element in unseren gemeinsamen Bemühungen um die Wiederherstellung des Friedens. Wir danken allen unseren internationalen Partnern für ihre Unterstützung und praktische Hilfe im politischen, militärischen, wirtschaftlichen und finanziellen Bereich.

Wir danken auch der Delegation von Österreich, dem scheidenden Mitglied der FSK-Troika, für ihre Arbeit in dieser Sitzungsperiode und heißen die Delegation Belgiens als neues Troika-Mitglied herzlich willkommen.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

1007. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1013, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER VERTRETERIN DER EUROPÄISCHEN UNION**

Die Delegation Frankreichs übergab als EU-Vorsitzland das Wort an die Vertreterin der Europäischen Union, die folgende Erklärung abgab:

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten möchten bei dieser Gelegenheit Ihnen, Botschafter Sadigbayli, und Ihrem kompetenten Team für Ihre Bemühungen als Vorsitz des Forums für Sicherheitskooperation in Kriegszeiten danken.

Gewöhnlich sprechen wir von einer „herausfordernden Sitzungsperiode“ – doch das wäre diesmal eine schwere Untertreibung. In der Mitte Ihres Vorsitzes begann ein Teilnehmerstaat, Russland, einen brutalen Angriffskrieg gegen einen anderen, die Ukraine. Aufgrund dessen musste das Forum in den Krisenmodus wechseln – „business as usual“ war und ist nicht länger möglich.

Wir sind zutiefst schockiert von den Nachrichten über massive Gräueltaten, die von den russischen Streitkräften in einer Reihe von besetzten ukrainischen Städten, die nun befreit worden sind, begangen wurden. Erschütternde Bilder und Berichte über eine große Zahl an Tötungen und barbarischen Gewalttaten gegen unschuldige Zivilistinnen und Zivilisten sowie die Zerstörung ziviler Infrastruktur zeigen das wahre Gesicht des brutalen Angriffskriegs, den Russland gegen die Ukraine und ihr Volk führt. Die Täter dieser Verbrechen werden zur Rechenschaft gezogen werden. Den Leugnungen, die wir von Russland hören, fehlt jegliche Glaubwürdigkeit.

Herr Vorsitzender, wir müssen deshalb erneut unsere schärfste Verurteilung dieses unprovokierten und ungerechtfertigten Angriffs auf die Ukraine zum Ausdruck bringen. Durch seine rechtswidrigen militärischen Aktionen verstößt Russland auf grobe Weise gegen das Völkerrecht, die Prinzipien der VN-Charta und den OSZE-Acquis und setzt dabei die europäische und globale Sicherheit und Stabilität aufs Spiel. Wir beklagen auch die Komplizenschaft von Belarus, das die militärische Aggression Russlands ermöglicht und unterstützt, indem es sein Hoheitsgebiet für den Angriff auf seinen Nachbarn zur Verfügung stellt. Die Ukraine hat das naturgegebene Recht, sich gegen diese Invasion zu verteidigen und über ihre eigene Zukunft und ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Russland trägt die volle Verantwortung für seine Taten, darunter die Verluste an Menschenleben, die massive Vertreibung und all die Zerstörung, die es verursacht.

Dieser Krieg und die begangenen Kriegsverbrechen werden für immer ein blutiger Schandfleck für den Ruf und das Gewissen derjenigen, die ihn zu führen beschlossen haben, sein, sowie derjenigen, die die kriminellen und abscheulichen Taten ausführten und all derjenigen, die vergeblich versuchten, auch auf diplomatischer Ebene, diese Gräueltaten, zu rechtfertigen. Russland versucht, die Ukraine und ihre Eigenstaatlichkeit zu zerstören, doch in Wirklichkeit zerstört es auch seine eigene Zukunft. Wir bekräftigen unsere unerschütterliche Unterstützung für die Souveränität, territoriale Unversehrtheit, Einheit und Unabhängigkeit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und fordern, dass Russland – wie vom Internationalen Gerichtshof angeordnet – seine Militäraktionen unverzüglich und bedingungslos einstellt und alle seine Truppen abzieht.

Herr Vorsitzender, wir sind fest davon überzeugt, dass die Anwendung von Gewalt und Zwang zur Veränderung von Grenzen im einundzwanzigsten Jahrhundert keinen Platz hat. Spannungen und Konflikte sollten ausschließlich durch Dialog und Diplomatie gelöst werden, und dafür steht unsere Organisation, die OSZE. Die Lösung aller Konflikte im OSZE-Raum ist nach wie vor eine der obersten Prioritäten der Europäischen Union und wir werden unsere Bemühungen zu diesem Zweck fortsetzen.

Herr Vorsitzender, das Verhalten Russlands hat unseren politisch-militärischen Acquis radikal untergraben. Das Wiener Dokument gilt als wichtigster Satz vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen, um für militärische Transparenz und Berechenbarkeit zu sorgen. Wir haben gesehen, wie diese wichtigen Bestimmungen im Vorfeld der russischen Invasion der Ukraine missachtet wurden. Russland und Belarus traten den Mechanismus zur Verminderung der Risiken, einen der Eckpfeiler des Wiener Dokuments, mit Füßen, wobei Russland jede Zusammenarbeit verweigerte, während Belarus nur vorgab, die Bestimmungen den Buchstaben nach zu erfüllen, dies jedoch ihrem Geist nach nicht tat. Belarus behauptete zwar, die russischen Truppen würden Belarus nach den gemeinsamen Übungen verlassen, doch in Wirklichkeit nahmen sie an der Invasion teil. Der Mechanismus zur Verminderung der Risiken ist nutzlos, wenn ein Teilnehmerstaat die Absicht hegt, einen anderen Teilnehmerstaat anzugreifen. Trotzdem möchten wir Aserbaidschan dafür danken, dass es zusammen mit dem OSZE-Vorsitzland Polen in den entsprechenden gemeinsamen Sitzungen des Forums für Sicherheitskooperation und des Ständigen Rates den Vorsitz geführt hat.

Wir unterstreichen auch, wie wichtig die Einhaltung der Bestimmungen des Verhaltenskodex in Bezug auf das humanitäre Völkerrecht ist, insbesondere in Kriegszeiten. Die Verantwortlichkeit der Vorgesetzten entbindet die Untergebenen nicht von ihren persönlichen Verantwortlichkeiten im Hinblick auf die Ausübung der Befehlsgewalt im Einklang mit dem Völkerrecht. Jede(r) einzelne Beteiligte wird identifiziert werden und für die in der Ukraine begangenen Kriegsverbrechen zur Rechenschaft gezogen werden.

Herr Vorsitzender, es besteht kein Zweifel, dass der vorsätzliche Angriff Russlands auf die Ukraine lange Schatten auf die Geopolitik und auf die Arbeitsweise der OSZE und dieses Forums für Sicherheitskooperation werfen wird. Eine Grundvoraussetzung für Sicherheitskooperation ist das Vorhandensein von gutem Willen und Vertrauen. Russland hat dieses hart erarbeitete Vertrauen durch sein Handeln vollständig zunichtegemacht. Für uns ist ganz klar, dass es kein „business as usual“ geben kann, solange dieser Angriffskrieg andauert. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten sind vereint und entschlossen, fortwährend Druck auf Russland auszuüben, damit es den brutalen Krieg, den es gegen die Ukraine

losgetreten hat, sowie das Blutvergießen und das menschliche Leid beendet. Die Europäische Union und in ihre Mitgliedstaaten stehen dem Volk der Ukraine in seiner dunkelsten Stunde bei. Wir fordern Russland auf, diesen Krieg zu beenden. Und wenn der Krieg einmal vorbei ist, wird immer es immer noch viel Zeit und Anstrengungen erfordern, ein Minimum an Vertrauen wiederzugewinnen, auf dem eine fruchtbare Arbeit in unserer Organisation wiederaufbauen könnte. Wir hoffen, dass in der Zwischenzeit die wichtige Rolle dieses Forums bewahrt werden kann. Es liegen jedoch schwierige Zeiten vor uns.

Danke.

Ich bitte darum, diese Erklärung dem Journal des Tages hinzuzufügen.

Die Bewerberländer Republik Nordmazedonien¹, Montenegro¹ und Albanien¹, die Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Länder Island, Liechtenstein und Norwegen sowie die Republik Moldau, die Ukraine, Georgien, Andorra und San Marino schließen sich dieser Erklärung an.

1 Die Republik Nordmazedonien, Montenegro und Albanien nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

1007. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1013, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Danke, Herr Vorsitzender, und herzlich willkommen, Generalmajor Mahmudov.

Die Vereinigten Staaten sind sich bewusst, dass Ihre Aufgabe als Vorsitz des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) in dieser für die europäische Sicherheit kritischen Zeit nicht einfach war. Russlands unprovoked Angriffskrieg, unterstützt vom Lukaschenka-Regime in Belarus, hat „business as usual“ in diesem Forum für Sicherheitskooperation unmöglich gemacht.

Wir wissen, dass Sie nicht erwartet haben, Ihren Vorsitz so zu führen – vor dem Hintergrund eines brutalen Krieges. Doch Ihre Wahl der Themen für den Sicherheitsdialog war auf traurige Weise vorausschauend. Wir erinnern daran, dass der erste dieser Dialoge unter dem Vorsitz Aserbaidschans dem humanitären Völkerrecht und dem Schutz der Zivilbevölkerung gewidmet war. Während wir nach wie vor die erschütternden Bilder der in den Straßen von Butscha herumliegenden Leichen und die Berichte über ein Massengrab verarbeiten und Berichte über standrechtliche Hinrichtungen, Vergewaltigungen und Verschwindenlassen in anderen von Russland kontrollierten ukrainischen Städten hören und während wir weiterhin Zeugen schrecklicher Bombardierungen werden, die Zivilpersonen und zivile Objekte in Mariupol und anderen Städten treffen, sollten wir über das Konzeptpapier Aserbaidschans für diesen Sicherheitsdialog am 27. Januar nachdenken:

„Die Regeln des humanitären Völkerrechts, die in erster Linie in der IV. Haager Konvention von 1907 und der Haager Landkriegsordnung niedergelegt sind und als Deklaration des Gewohnheitsrechts erachtet werden, die Genfer Konventionen von 1949 und ihre Zusatzprotokolle betreffen im Wesentlichen die Regelung der Durchführung von Kampfhandlungen und sorgen unter anderem für den Schutz von Zivilpersonen. Letzten Endes verhütet die Einhaltung des humanitären Völkerrechts den Tod und die Verwundung von Zivilpersonen, illegale Hinrichtungen und Vergeltungsakte gegen geschützte Personen, die widerrechtliche Zerstörung oder Inbesitznahme zivilen Eigentums, Geiselnahmen, die Misshandlung von Gefangenen und Kriegsgefangenen, Verschwindenlassen, ethnische Säuberungen; Zwangsvertreibung und die Veränderung des Charakters der besetzten Gebiete, die Ausbeutung natürlicher Ressourcen, die Zerstörung von Kulturerbe sowie die Schädigung der Umwelt und stellt die Klärung des Schicksals von Vermissten sicher.“

Wie im Konzeptpapier auch erwähnt, legt der Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit fest, dass Staaten sicherstellen, dass ihre Streitkräfte im Einklang mit den Bestimmungen des humanitären Völkerrechts geführt, personell besetzt und ausgebildet werden und dafür Sorge tragen, Schädigungen von Zivilpersonen zu vermeiden. Hätten unsere russischen Kolleginnen und Kollegen doch nur auf die Botschaft dieses Sicherheitsdialogs gehört, der einen Monat vor dem Beginn des von Präsident Putin in Gang gesetzten unmenschlichen Angriffs auf die Ukraine stattfand!

Herr Vorsitzender,

wir erinnern auch an den Dialog, den Sie am 16. Februar zur europäischen Sicherheitsarchitektur einberufen hatten – eine Woche bevor der Angriffskrieg Russlands diese Sicherheitsarchitektur auf den Kopf gestellt hat. Wir wissen es zu schätzen, dass Sie in derselben Woche mit dem Amtierenden Vorsitzenden bei den gemeinsamen Sitzungen des FSK und des Ständigen Rates den Kovorsitz geführt haben, die in Reaktion auf die Aktivierung der Mechanismen zur Verminderung der Risiken nach dem Wiener Dokument durch die Ukraine und die Baltischen Staaten abgehalten wurden, um auf die Besorgnisse über ungewöhnliche militärische Aktivitäten in Bezug auf Russland und Belarus einzugehen. Leider boykottierte Russland diese gemeinsamen Sitzungen des FSK und des Ständigen Rates und Belarus mauerte, woraufhin die Mechanismen des Wiener Dokuments nicht umgesetzt werden konnten, um die Besorgnisse zu beseitigen, obschon sie als Frühwarnung dienten. Aus diesem Grund konnten wir, nachdem Putin diesen Krieg losgetreten hatte, uns auf dem Jährlichen Treffen zur Beurteilung der Durchführung nicht am „business as usual“ beteiligen, – unsere Einschätzung war klar, Russland verstieß gegen die wichtigsten Verpflichtungen nach dem Völkerrecht und gegen OSZE-Prinzipien und Verpflichtungen, darunter die des Wiener Dokuments. Belarus, das sich an der Aggression Russlands mitschuldig gemacht hat, indem es ein Aufmarschgebiet für die russische Invasion zur Verfügung gestellt hat, ist auch für diese Verstöße verantwortlich.

Herr Vorsitzender,

wir anerkennen die Wichtigkeit der anderen Themen auf Ihrer Tagesordnung, darunter die Minenbekämpfung und OSZE-Verpflichtungen betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition – Bereiche, in denen die Vereinigten Staaten gut aufgestellt sind, und erinnern daran, dass wir am 4. April den Internationalen Tag der Aufklärung über die Minengefahren und der Unterstützung bei der Minenräumung begangen haben. Wir hoffen, dass wir diese Themen wie auch die Erörterungen über Konfliktnachsorge wiederaufnehmen können, doch zunächst muss Russland diesen Krieg beenden und seine Truppen aus der Ukraine abziehen. Bis dahin gilt unser Augenmerk einzig und allein diesem illegalen Krieg.

Ich gratuliere Ihnen, Botschafter Sadigbayli, zum Abschluss der Vorsitzführung Aserbaidschans und danke Ihnen, dass Sie das FSK durch eine außerordentlich schwierige Zeit gesteuert haben. Mein Dank gebührt auch unserem Kollegen Farid Osmanov, und Ihrem restlichen Team. Die Vereinigten Staaten danken auch Österreich, das aus der Troika ausscheidet, heißt Belgien in der Troika herzlich willkommen und sieht unserer Zusammenarbeit während seinem Vorsitz mit Freude entgegen.

Ich bitte um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

1007. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1013, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION KANADAS**

Herr Vorsitzender,

Kanada möchte Ihnen, Herr Vorsitzender, und Ihrem gesamten Team der aserbaidischen Delegation für Ihre Bemühungen während Ihrer Amtszeit als Vorsitzender des Forums für Sicherheitskooperation danken. Wir sind uns der Herausforderungen bewusst, mit denen Ihr Vorsitz in diesem Zeitraum – dem schwierigsten in der Geschichte der OSZE – konfrontiert war und würdigen Ihren Einsatz.

Wir bedauern, dass das Halbjahr ganz im Zeichen eines eklatanten Akts der Aggression der Russischen Föderation gegen seinen souveränen Nachbarn stand. Ein Akt der Aggression, der unter den Augen dieses Forums geplant und eingeleitet wurde, wobei die Russische Föderation und Belarus unsere gemeinsamen vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen mit kühnen, doch offenkundig falschen Aussagen hier in diesem Saal verhöhnten. So haben wir gehört: „Russland hat nicht die Absicht gehabt, in die Ukraine einzumarschieren, es wird keinen Krieg geben, der ‚Westen ist hysterisch‘ und die Truppen entlang der Grenze nehmen an einer Übung teil oder kehren an ihre Heimatstützpunkte zurück“. All dies war einfach eine glatte Lüge, ein Täuschungsversuch, und ihn hier zu unternehmen, ein eklatanter Missbrauch dieses Forums.

Russlands Akt der Aggression manifestierte sich als ein groß angelegter konventioneller Angriff entlang mehrere Vormarschlinien, mit wahllosen Angriffen auf die Zivilbevölkerung und zivile Infrastruktur, der zu über vier Millionen Flüchtlingen und 11 Millionen Binnenvertriebenen führte. Die Russische Föderation hat ihren Angriffskrieg, einen Krieg, der auf erlogenen Vorwänden fußt, mit einem auf dem europäischen Kontinent seit über 75 Jahren beispiellosen Ausmaß an Gewalt geführt, mit wenig bis gar keiner Rücksicht auf das Leben unschuldiger Ukrainerinnen und Ukrainer. Diese Wahrheit wurde der ganzen Welt durch die Entdeckung der in Butscha begangenen abscheulichen Gräueltaten in den vergangenen Tagen schmerzlich bewusst.

Bei all den Lügen und der Propaganda ist die Wahrheit doch unbestreitbar: Die Ukraine und ihre Bevölkerung haben nichts getan, um diesen Konflikt zu provozieren oder zu schüren. Die Ukraine ist nicht der Aggressor. Ganz im Gegenteil. Es gab keine Bedrohung für die Menschen im Donbass, Russland hat sie frei erfunden. Russland hat eine erfundene

Bedrohung, eine erfundene Flüchtlingskrise und die Notwendigkeit einer „Intervention“ vorgetäuscht. Angesichts dieser unvorstellbaren Tragödie zeigt das ukrainische Volk enormen Mut, es behauptet sich und kämpft für seine Heimat. Es ist entschlossen in seinem Wunsch, in einem freien und demokratischen Land zu leben, das selbst über sein Schicksal bestimmt.

Kanada bekräftigt seine unerschütterliche Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine. Gemeinsam mit unseren Verbündeten und Partnern haben wir energisch und kollektiv auf diese rücksichtslosen und gefährlichen Handlungen reagiert und werden das auch weiterhin tun. Kanada wird sich weiterhin darum bemühen, seine militärische Unterstützung für die Ukraine zu verstärken.

Wir stimmen in den Chor aller Staaten überall in der Welt ein und bekräftigen, dass wir an der Seite der Ukraine stehen.

Abschließend möchte ich unserem aserbaidischen Vorsitz erneut für seine hoch geschätzten Bemühungen und seine Geduld in der vergangenen Sitzungsperiode danken

Slawa Ukrajin!

1007. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1013, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Für gewöhnlich ist die Schlusssitzung eines Treffens des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) eine Zeit der Reflexion. Eine Zeit, über unsere Arbeit als ein Forum für Sicherheitskooperation, unsere Erörterungen, unsere Herausforderungen, aber auch unsere Fortschritte nachzudenken. Leider ist das heute nicht möglich.

Herr Botschafter,

als wir zur Eröffnungssitzung zusammenkamen, war uns bewusst, dass Sie den FSK-Vorsitz zu einem für die euroatlantische Sicherheit kritischen Zeitpunkt übernahmen. Als wir beobachteten, wie Russland eine große Anzahl von Streitkräften entlang der ukrainischen Grenze und auf der rechtswidrigen annektierten Krim konzentrierte, befürchteten wir das Schlimmste, das sich auch bewahrheitet hat. Der unprovokierte, vorsätzliche und barbarische Angriff Russlands auf die Ukraine und ihre friedliche Zivilbevölkerung hat in aller Welt Entsetzen ausgelöst.

Die Ukrainerinnen und Ukrainer haben den Kampf aufgenommen, um ihr Heimatland zu verteidigen und der Welt gezeigt, was Tapferkeit und Mut bedeuten. Ein ausmanövriertes und deklassiertes russisches Militär hat seine Frustration an Zivilistinnen und Zivilisten ausgelassen und ein furchtbares Ausmaß an Gewalt entfesselt. In den letzten Tagen haben wir mit Entsetzen die hereinkommenden Berichte über getötete und verstümmelte Männer, Frauen und Kinder verfolgt. Dies ist ein einziger großer moralischer Schandfleck für das russische Militär, der niemals vergessen werden wird.

Herr Vorsitzender,

der Versuch der russischen Regierung, die Landkarte Europas mit Blut neu zu zeichnen und einen unabhängigen und demokratischen Staat mit Waffengewalt zu erobern, ist ein Angriff auf die Sicherheit und Freiheit Europas. Es ist auch ein Angriff auf die euroatlantische Sicherheitsarchitektur, die darauf ausgelegt wurde, Sicherheit und Stabilität in der Region zu erhöhen, und helfen sollte, solche ungeheuerlichen Taten durch Vertrauen zu verhindern.

Unsere russischen Kolleginnen und Kollegen ihrerseits haben aus den vertrauens- und sicherheitsbildenden Mechanismen der OSZE, auf denen diese Organisation aufbaut, „Waffen gemacht“, dieses Forum belogen und sie belügen dieses Forum nach wie vor. Sie haben das Vertrauen und den Glauben daran zunichtegemacht, dass wir alle in diesem Saal eine sichere und stabile Region anstreben und einander achten – dass wir in gutem Glauben auf ein gemeinsames Ziel hinarbeiten.

Vertrauen lässt sich nur schwer wiederaufbauen. Es ist ganz klar, dass wir nicht einfach zur normalen Tagesordnung übergehen können, solange Präsident Putin seinen schrecklichen und barbarischen Krieg, für den er sich bewusst entschieden hat, gegen unsere ukrainischen Freunde führt. Unser Hauptaugenmerk muss es nach wie vor sein, zusammenzuarbeiten – egal wie lange es dauert –, um dafür zu sorgen, dass die Souveränität, die territoriale Integrität und die Unabhängigkeit der Ukraine wiederhergestellt werden. Das Vereinigte Königreich ist mit dem ukrainischen Volk in seinem Kampf um sein Heimatland solidarisch und wird es dabei weiter unterstützen.

Vor diesem Hintergrund müssen wir alles in unser Macht Stehende tun, um die Integrität dieses Forums sicherzustellen, sodass es in der Lage ist, sein Mandat zu erfüllen. Diesbezüglich sind wir zuversichtlich, dass es weiterhin auf professionelle und angemessene Weise geführt wird.

Abschließend möchte ich Ihnen, Herr Botschafter, und Ihrem Team für Ihre Geduld als Vorsitz des FSK in dieser beispiellos schwierigen Zeit danken. Wir danken auch unseren österreichischen Kolleginnen und Kollegen, die die Troika verlassen und heißen unsere belgischen Kolleginnen und Kollegen willkommen.

Slawa Ukrajin!

Danke. Ich bitte um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal des Tages.

1007. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1013, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

wir gratulieren Ihnen zum Abschluss ihres Vorsitzes im Forum für Sicherheitskooperation (FSK) der OSZE. Wir sind Generalmajor Huseyn Mahmudov, dem Leiter der Abteilung für internationale militärische Zusammenarbeit des aserbajdschanischen Verteidigungsministeriums, für seine Zusammenfassung der Winter-Sitzungsperiode dankbar.

Man kann ohne Übertreibung sagen, dass der aserbajdschanische Vorsitz an einem Wendepunkt in der Geschichte des FSK stattfand. Einerseits feierten die Teilnehmerstaaten in der aktuellen Verhandlungsrunde die tausendste Plenarsitzung dieses autonomen Beschlussfassungsorgans der OSZE und skizzierten Möglichkeiten für die zukünftige Verbesserung seiner Arbeit. Andererseits wurde die transatlantische Blockdisziplin im Forum in beispielloser Weise gestrafft: Zuweilen werden wir das Gefühl nicht los, eher einer „Gleichschaltung der Uhren“ der Mitgliedsländer von NATO und Europäischer Union beizuwohnen, als FSK-Sitzungen. Einige Teilnehmerstaaten scheinen zu vergessen, was Sinn und Zweck des Dialogs in dieser gesamteuropäischen Plattform ist, die als „wetterfester“ Kanal für die fachliche Kommunikation über militärische Sicherheitsfragen in Europa gedacht ist.

Unter ziemlich schwierigen Bedingungen ist es unseren aserbajdschanischen Kolleginnen und Kollegen jedoch gelungen, einen ausgewogenen Vorsitz zu führen und äußerst wichtige Themen zur Erörterung einzubringen, wie Minenräumung, die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, die Einhaltung des humanitären Völkerrechts, Konfliktnachsorge und die Rolle neutraler Staaten in der europäischen Sicherheit. Wir sind davon überzeugt, dass es wichtig und notwendig ist, den Punkt „Sicherheitsdialog“ weiterhin auf der Tagesordnung des FSK zu belassen.

Wir bedauern, dass wir in dieser letzten Verhandlungsrunde nicht in der Lage waren, Fragen der konventionellen Rüstungskontrolle zu erörtern. Einige Teilnehmerstaaten vertreten hartnäckig die einseitige Auffassung, dass das gesamte politisch-militärische Instrumentarium der OSZE plötzlich seine Funktionsfähigkeit eingebüßt habe. Das ist ein bequemer Standpunkt, da er uneingeschränkten Waffentransfers in die Ukraine freie Hand lässt, was gegen das OSZE-Dokument über Kleinwaffen und leichte Waffen, die Prinzipien

zur Regelung des Transfers konventioneller Waffen und die Prinzipien für die Ausfuhrkontrolle von MANPADS verstößt. Wir sind uns bewusst, dass sich der „westliche Flügel“ der OSZE auch deshalb für diese destruktive Politik entschieden hat, um den Einsatz des Wiener Dokuments 2011 über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen als Instrument für einen Informationskrieg zu legitimieren, mit dem die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft von den militärischen Vorbereitungen eines Teilnehmerstaates abgelenkt werden soll, indem Druck auf andere Teilnehmerstaaten ausgeübt wird. Unsere Botschaft ist glasklar: Das ist nicht hinnehmbar.

Die Entscheidung des FSK-Vorsitzenden, Änderungen an den Journalen der Plenarsitzungen des FSK vorzunehmen, insbesondere am Wortlaut der Frage zur politisch-militärischen Lage in der Ukraine, ist zutiefst enttäuschend. 2014 wurde eine Kompromissvereinbarung über den Wortlaut erzielt, die von der überwältigenden Mehrheit der Länder, die den Vorsitz im Forum führten, eingehalten wurde. Mit Bedauern stellen wir fest, dass unsere aserbaidischen Kolleginnen und Kollegen unseren Appell unbeachtet ließen, keine konsenswidrigen Veränderungen an den FSK-Journalen vorzunehmen. Wir betrachten diese Entscheidung des aserbaidischen Vorsitzes als eine bedauerliche Abkehr von den einigenden Grundsätzen der Organisation. In Zukunft werden wir eine Rückkehr zum ursprünglichen Wortlaut der Sitzungsjournalen anstreben, der die Interessen aller Teilnehmerstaaten in ausgewogener und neutraler Weise widerspiegelt.

Herr Vorsitzender,

wir möchten darauf hinweisen, dass gewisse Kolleginnen und Kollegen selbst auf der Schlussitzung dieser Verhandlungsrunde nicht auf antirussische Unterstellungen verzichten konnten. Als Reaktion auf die Schritte der Russischen Föderation, die von ukrainischem Hoheitsgebiet ausgehenden Bedrohungen für ihre grundlegenden nationalen Sicherheitsinteressen zu neutralisieren, hat der „kollektive Westen“ eine großangelegte Diffamierungskampagne gegen unser Land in Gang gesetzt. Die verabscheuungswürdigsten Methoden des Informationskriegs werden eingesetzt, darunter die Manipulierung von Fakten und offene Provokationen, die automatisch bedingungslose Unterstützung der westlichen Teilnehmerstaaten finden, die sich, entgegen den Grundsätzen der Professionalität, nicht die Mühe machen, den Spreu vom Weizen zu trennen. Ein Beispiel dafür ist die Lage in der Stadt Butscha in der Region Kyjiw. Man kann nicht umhin, sich an einen Satz zu erinnern, der 2014 von einem unserer westlichen Kollegen in den FSK-Korridoren geäußert wurde: (Ich zitiere:) „Ihr Russen seid seltsame Leute. Ihr kommt mit diesen Argumenten und versucht, uns etwas zu beweisen. Versteht Ihr denn nicht, dass niemand die Wahrheit braucht“? (Zitat Ende). Wir sind fest davon überzeugt, dass die Wahrheit lebenswichtig ist und wir werden auf jede erdenkliche Weise versuchen, ihr zu ihrem Recht zu verhelfen.

Das Regime in Kyjiw glaubt fälschlicherweise, dass das Völkerrecht ihm einen Freibrief für massive Gewaltakte bis hin zu offenem Terror gegen die Zivilbevölkerung gibt. Am 5. April sprengte das ukrainische Militär in der Stadt Rubischne in der Volksrepublik Luhansk vor seinem Rückzug einen Chemikaliientank im Werk Sarja in die Luft, in dem sich immer noch über 40 000 Tonnen Schwefelsäure, Salzsäure, Salpetersäure und Ammoniak befinden. Sollte es zu einer Explosion dieser Chemikalien kommen, könnte im Umkreis von 30 km jegliches Leben ausgelöscht werden. Wir verfügen über verlässliche Informationen, dass die ukrainische Regierung weitere chemische Provokationen mit Unterstützung ihrer Strippenzieher aus Übersee plant. Die Sprengung von Eisenbahntankwagen in der Siedlung

Kotschetok in der Region Charkiw, die bis zu 800 Tonnen Chlorgas enthalten, ist eines der Szenarien, die erwogen werden. Im Falle eines Druckverlusts der Tanks, angeblich durch den Einsatz russischer Artillerie oder eines russischen Flugzeugs, könnte das tödliche Epizentrum bis zu 5,4 km² und die Zone mit einer intolerablen Konzentration bis zu 8 km² groß sein, wobei das Gebiet bis zu acht Tage lang kontaminiert wäre. Es ist nicht verwunderlich, dass die Vereinigten Staaten von Amerika der ukrainischen Regierung bereits Schutzrüstung gegen Angriffe mit chemischen Waffen übergeben haben. Gleichzeitig haben sie, um ihre dubiosen Machenschaften zu verschleiern, in bester Tradition einer Verleumdungskampagne Russland bewusst und haltlos beschuldigt, eine Provokation zu planen. Das ist nicht das erste Mal, dass sie zu solchen Tricks greifen.

Ein wichtiges Ergebnis der Spezialoperation der Streitkräfte der Russischen Föderation war die Beendigung der Tätigkeit von fünf biologischen Laboratorien in Kyjiw, in denen militärische Arbeiten mit Erregern von Milzbrand, Tularämie, Brucellose, Cholera, Leptospirose und afrikanischer Schweinepest durchgeführt wurden. Die Beteiligung dieser Laboratorien an Aufträgen des US-Verteidigungsministeriums wurde bestätigt. Gemäß der Anordnung des Gesundheitsministeriums der Ukraine vom 24. Februar dieses Jahres wurden die verbliebenen Stämme unverzüglich zerstört. Ein Teil der Sammlung wurde über Odessa in die Vereinigten Staaten gebracht. Aus Dokumenten, die russische Militärangehörige erhalten haben, geht außerdem hervor, dass Deutschland in der Ukraine sein eigenes militärisch-biologisches Programm durchführt, mit dem das Potential tödlicher Krankheiten wie des Hämorrhagischen Krim-Kongo-Fiebers in einem osteuropäischen Kontext untersucht werden soll. Alle diese Aktivitäten stellen eine massive Bedrohung für die internationale Sicherheit dar und bedürfen einer genauen Prüfung. Dabei ist bereits jetzt klar, dass es sich um eine tatsächliche Verletzung der Verpflichtungen nach Artikel IV des Übereinkommens über biologische Waffen und Toxinwaffen durch die Vereinigten Staaten und die Ukraine handelt.

Wir haben in letzter Zeit im Westen auch provokante Äußerungen über die Pläne Russlands vernommen, in der Ukraine Kernwaffen einzusetzen. Diese Behauptungen entbehren jeglicher rationalen Grundlage. Die russische Delegation hat die OSZE-Teilnehmerstaaten mehrfach daran erinnert, dass die Rolle von Kernwaffen bei der Gewährleistung der nationalen Sicherheit unseres Landes in der Militärdoktrin der Russischen Föderation festgelegt und in den „Grundprinzipien der staatlichen Politik der Russischen Föderation in Bezug auf nukleare Abschreckung“ im Detail dargelegt ist. Die erwähnten Dokumente legen die Bedingungen eindeutig fest, unter denen sich unser Land das Recht vorbehält, Nuklearwaffen einzusetzen. Dies ist ausschließlich möglich als Reaktion auf den Einsatz von Kernwaffen und anderen Arten von Massenvernichtungswaffen gegen Russland oder seine Verbündeten oder im Falle einer Aggression gegen Russland unter Einsatz konventioneller Waffen, wenn die Existenz des Staates bedroht ist. Mit anderen Worten, die russische Politik im nuklearmilitärischen Bereich ist strikt defensiver Natur und die Kriterien der Doktrin für den möglichen Einsatz von Kernwaffen durch Russland können in keiner Weise auf die Lage in der Ukraine angewendet werden. Wir lassen uns von dem Grundsatz leiten, dass es in einem Atomkrieg keine Sieger geben kann und dass ein solcher Krieg niemals angezettelt werden darf.

Wir weisen die Versuche der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten und Komplizen kategorisch zurück, Russland für die möglichen Risiken des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen in der Ukraine verantwortlich zu machen. Es sei daran erinnert,

dass hinter all dieser Desinformation das Land steht, das 1945 Atomwaffen gegen die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki eingesetzt und sie damit im Wesentlichen an der Zivilbevölkerung erprobt hat. Darüber hinaus hatte der Einsatz dieser Waffen damals nichts mit militärischen Zielen zu tun – die sowjetische Offensive im Fernen Osten hatte damals die Fortsetzung des Krieges durch Japan sinnlos gemacht. In weiterer chronologischer Reihenfolge haben die Vereinigten Staaten in den 1960er Jahren chemische Waffen gegen die Bevölkerung in Nordvietnam und 1999 abgereichertes Uran gegen Jugoslawien eingesetzt. Darüber hinaus sind hunderttausende Irakerinnen und Iraker durch eine Vielzahl unbekannter Waffen gestorben, die die Vereinigten Staaten zuvor in keinem anderen Krieg eingesetzt hatten.

In diesem Zusammenhang fordern wir die Vereinigten Staaten auf, sich bei ihren pauschalen Anschuldigungen zu mäßigen, alle Informationen über die militärischen biologischen Aktivitäten in den Laboratorien auf ukrainischem Hoheitsgebiet zur Verfügung zu stellen und eine Provokation unter Einsatz chemischer Waffen durch ukrainische Nationalisten zu verhindern.

Herr Vorsitzender,

abschließend möchte ich Ihnen und allen Mitgliedern des Teams des aserbaidzhanischen Vorsitzes für ihr professionelles Vorgehen während dieser schwierigen Erörterungen erneut danken. Trotz der unterschiedlichen Herangehensweisen der OSZE-Länder an die Beurteilung der sich entwickelnden Lage in Europa ist es Ihnen im Großen und Ganzen gelungen, die Rolle des FSK als wichtige Plattform für den Dialog über „harte“ Sicherheitsfragen zu bekräftigen.

Wir heißen Belarus als nächsten Vorsitz des Forums willkommen und wünschen ihm viel Erfolg in dieser überaus verantwortungsvollen Funktion.

Wir danken der Delegation Österreichs, die aus der Troika ausscheidet, und heißen die Delegation Belgiens als neues Mitglied der Troika willkommen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und ersuche, den Text dieser Erklärung in das Journal des Tages aufnehmen zu lassen.

1007. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1013, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ARMENIENS**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zum heutigen Abschluss des beschämenden Vorsitzes des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) in der ersten Sitzungsperiode dieses Jahres ist es angemessen, auf dessen Leistungen während der vergangenen drei Monate zurückzublicken.

Doch zuvor möchte ich betonen, dass allein die Tatsache, dass der FSK-Vorsitz von Aserbaidschan geführt wird – einem OSZE-Teilnehmerstaat, der seit Jahrzehnten systematisch die Prinzipien der Schlussakte von Helsinki und die politisch-militärischen Verpflichtungen der OSZE verletzt, und die Anwendung oder die Androhung von Gewalt als Mittel zur Lösung von Konflikten und als Grundlage für die zwischenstaatlichen Beziehungen betrachtet – die Glaubwürdigkeit dieser Organisation erheblich untergraben hat. Wir bedauern, dass die OSZE-Teilnehmerstaaten nicht angemessen auf den scheidenden Vorsitz und seine unverantwortlichen Handlungen reagiert haben, was unserer Auffassung nach den derzeitigen Stand der Dinge in Bezug auf unser gemeinsames Bekenntnis zu Frieden und Sicherheit im OSZE-Raum widerspiegelt.

Der scheidende Vorsitz „glänzte“ durch seine offen propagandistische Narrative, die Verdrehung und Manipulation des Mandats des FSK und den offenen Missbrauch der Funktion des Vorsitzes. Aserbaidschan missbrauchte seine Position als FSK-Vorsitz, um von der OSZE Legitimität für seine Aggression und das Ergebnis seiner Anwendung von Gewalt gegen Arzach zu erlangen und den OSZE-Teilnehmerstaaten seine eigene Sichtweise des Bergkarabach-Konflikts aufzuzwingen. Die Einleitung eines „Beurteilungsbesuchs“ als Teil des aserbaidchanischen Ersuchens um Hilfe bei der Minenräumung ist auch ein gutes Beispiel dafür, dass Integrität, Verantwortungsbewusstsein und Würde Eigenschaften sind, die der aserbaidchanischen Delegation fremd sind.

Der scheidende Vorsitz hat wesentlich zur weiteren Erosion des OSZE-Konzepts der umfassenden, gleichen und unteilbaren Sicherheit beigetragen, indem er seine völlige Missachtung der OSZE-Verpflichtungen und -Prinzipien gezeigt hat, anstatt ihre Umsetzung sicherzustellen.

Aserbaidshans besetzte weiterhin Gebiete in den Provinzen Sjunik und Gegharkunik der Republik Armenien, was einen Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen und die Schlussakte von Helsinki darstellt.

Es hat die Lage entlang der Grenze zu Armenien und an der Kontaktlinie mit Arzach ständig eskalieren lassen und zuletzt am 25. März, unter eklatanter Verletzung der trilateralen Erklärung über die Waffenruhe vom 9. November 2020, Gewalt gegen Arzach angewendet, wobei es in den Verantwortungsbereich der russischen Friedenstruppen eingedrungen ist.

Es setzte seinen Terror gegen die Zivilbevölkerung von Arzach und Armenien fort, indem es ihre Häuser und andere zivile Infrastruktur ständig beschoss und die Menschen unter Androhung von Gewalt aufforderte, ihre Häuser zu verlassen.

Auf der letzten FSK-Sitzung ging die Delegation Aserbaidshans sogar noch einen Schritt weiter und behauptete, die aserbaidshansischen Streitkräfte könnten ihre Stellungen beliebig verlegen und würden dies auch weiterhin tun, solange sie es für notwendig erachteten. Es ist besorgniserregend, dass die OSZE und ihre Teilnehmerstaaten, insbesondere diejenigen, die Gewalt und die Anwendung von Gewalt kategorisch ablehnen, angesichts der offenen Drohung der aserbaidshansischen Delegation, Gewalt gegen Arzach anzuwenden, geschwiegen haben. Dies spricht Bände über die Prioritäten der OSZE und ihrer Teilnehmerstaaten und die mangelnde Aufrichtigkeit in ihren Erklärungen über die Achtung des Völkerrechts und den Schutz der Menschenrechte.

Ich bitte darum, diese Erklärung dem Journal des Tages hinzuzufügen.

1007. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1013, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DEUTSCHLANDS**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,

Deutschland schließt sich vollumfänglich der Erklärung der Europäischen Union an. Erlauben Sie mir angesichts der Ausführungen des russischen Delegierten zusätzlich auch in nationaler Eigenschaft ein paar Worte zu ergänzen.

Zunächst möchte ich kurz auf die direkten Vorwürfe gegen Deutschland eingehen. Die Behauptungen, wonach deutsche Institute in der Ukraine an Biowaffen forschen, sind völlig absurd. Deutsche Institute arbeiten in der Ukraine mit langjährigen Implementierungspartnern des Deutschen Biosicherheitsprogramms zusammen, welches seit 2013 in 25 Staaten aktiv ist.

Hierbei geht es um die Verbesserung der Präventions- und Reaktionsfähigkeit der Länder bei gefährlichen biologischen Lagen, auch im Falle eines bioterroristischen Anschlags. Das Programm ist Teil des deutschen Engagements im Rahmen der Globalen Partnerschaft der G7 gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und -materialien, der Deutschland in diesem Jahr vorsitzt. Es dient der Förderung der internationalen Kooperation zur Stärkung des Biowaffenübereinkommens und genießt weltweit hohes Ansehen und war auch im Rahmen der Pandemiebekämpfung seit 2020 erfolgreich.

Ich erspare Ihnen an dieser Stelle weitere technische Details und möchte vielmehr auf die verzerrte Definition des Begriffs „Wahrheit“ zu sprechen kommen, welche Russland hier erneut präsentiert.

Die Berichte und Bilder, die uns in den letzten Tagen aus der Ukraine – aus Butscha, Irpin und weiteren Städten – erreicht haben, sind kaum zu ertragen. Unschuldige Frauen, Kinder vergewaltigt, ganze Familien gefoltert und hingerichtet. Wir können nur versuchen, uns das unermessliche Leid vorzustellen, das Russland über seinen Nachbarn – einen unabhängigen, souveränen und friedlichen Staat – bringt.

Diese entfesselte Gewalt gegen die ukrainische Zivilbevölkerung, diese Gräueltaten sind unbegreiflich. Sie lassen uns in den Abgrund der Menschheit schauen, wo den Tätern –

ob vor Ort oder an den Schreibtischen – jegliche Menschlichkeit und Empathie abhandengekommen ist. Die Versuche der russischen Delegation, diese Taten abzustreiten und sie dem Opfer, der Ukraine, in die Schuhe zu schieben, sind zynisch und verächtlich.

Untermuert wird dieses brutale Vorgehen der russischen Streitkräfte durch eine in der russischen Staatspropaganda zur Schau getragene menschenfeindliche Ideologie, die komplett von der Realität abgekoppelt ist. Sie ist der Versuch, mit dem unsäglichen und absurden Narrativ der „Entnazifizierung“, abscheuliche und grausame Taten zu rechtfertigen. Nicht nur ist diese Erzählung ungeheuerlich und tritt die Erinnerung an alle Opfer des Nationalsozialismus mit Füßen. Sie ist außerdem ein durchschaubares Lügengespinnst, das an Brutalität und Widerwärtigkeit kaum zu übertreffen ist.

Ich versichere Ihnen: Wir werden alles tun, um die Aufklärung der von Russland in der Ukraine begangenen Kriegsverbrechen und die Bestrafung der Täter sicherzustellen. Das Lügengespinnst, das der russische Delegierte auch heute wieder vorgetragen hat, hält nicht. Die Wahrheit wird immer ihren Weg ans Tageslicht finden.

Timothy Snyder ein Historiker, Autor und Professor an der Yale University mit dem Schwerpunkt Osteuropäische Geschichte und Holocaustforschung ist vielen in diesem Forum sicherlich bekannt. Er verfasste den folgenden Text am 3. April. Ich trage ihn im Original auf englischer Sprache vor.

The lying and the truth
Notes on Ukraine after Bucha
The lying
that there is no Ukraine
that there is no nation
that there is no state
The war to make the lies true
The lying about the war
The shelling of Kyiv
The shelling of Kharkiv
The shelling of Chernihiv
The old beautiful cities
The shelling everywhere
The bombing everywhere
The ghastly sieges of Mariupol
The attacks on refugees from Mariupol
The bombing of children in Mariupol
The lying about Mariupol
The attacks on refugees from everywhere
The reporters
The truth of seeing
The abducted
The deported
The millions in flight
The schools Those bombed schools
The hospitals Those bombed hospitals
The archives burned

The lying about the schools and the hospitals
The lying on Russian television
The lying at Russian funerals
The lying about death that enables
The killing for a lie
The future lying enabled by the burning of records about the past
The truth under everything
The rubble, the bodies
The volunteers
The truth of solidarity
The mass murder at Irpin, the bodies under tanks
The mass murder at Bucha, the hands behind backs
The mass murder at Trostyanets, the desecration of corpses
The cities, the towns, the villages, the countryside
The murders everywhere
The truth

Vielen Dank. Ich bitte Sie, Herr Vorsitzender, dieses Statement dem Journal des Tages beizufügen.

1007. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1013, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION LITAUENS**

Herr Vorsitzender,

Litauen schließt sich der Erklärung im Namen der Europäischen Union sowie ihrer im Rahmen des Rechts auf Erwidern abgegebenen Erklärung vollinhaltlich an.

Ich habe um das Wort gebeten, um einmal mehr unsere Unterstützung für die Ukraine zum Ausdruck zu bringen und die zynischen Behauptungen des russischen Delegierten zurückzuweisen.

Für jeden Menschen guten Willens ist offensichtlich, dass Russland einen Angriffskrieg gegen die Ukraine führt. Dieser Krieg ist unprovokiert, ungerechtfertigt und rechtswidrig. Er ist ein Verbrechen.

Die Ukraine macht von ihrem grundlegenden Recht auf Selbstverteidigung Gebrauch, das in der Charta der Vereinten Nationen verankert ist. Die Ukraine kämpft einen patriotischen Krieg – den man auf Ukrainisch als *народна війна* bezeichnet. *Народная война* oder *отечественная война* auf Russisch.

Präsident Putin verwehrt dem russischen Volk eine freie und demokratische Zukunft. Dasselbe versucht er mit dem ukrainischen Volk. Dieser Krieg ist ein brutaler Versuch, der Ukraine das Recht auf ihren eigenen Weg, ihre eigene Zukunft vorzuenthalten. Doch heute weiß die gesamte Welt, dass die Ukraine so stark, geeint und entschlossen ist wie nie zuvor. Die Ukrainerinnen und Ukrainer sind standhafte und entschlossene Menschen – sie kämpfen für ihre Familien und ihre Heimat, für ihr freies und unabhängiges Land. Ein stolzes, mutiges und freiheitsliebendes Volk kann nicht besiegt werden.

Präsident Putin und sein Regime haben der ganzen Welt nun ihr wahres Gesicht gezeigt. Die Bemühungen Putins, die Ukraine als Staat und die Ukrainerinnen und Ukrainer als Volk von der Landkarte zu tilgen, haben genau das Gegenteil bewirkt. Die internationale Gemeinschaft hat sich gegen dieses Böse zusammengeschlossen. Russland ist nun auf der Weltbühne und auch in unserer Organisation fast völlig isoliert. Unsere Solidarität mit der Ukraine und unsere Unterstützung für sie sind unerschütterlich. Litauen wird der Ukraine

weiterhin humanitäre Hilfe sowie sicherheits- und verteidigungspolitische Unterstützung leisten.

In Erwiderung auf die Erklärung des belarussischen Botschafters, in der er an uns alle appellierte, „innezuhalten und nachzudenken“ und das Forum für Sicherheitskooperation auf seine ursprüngliche Rolle zurückzuführen, möchte ich einen umgekehrten Appell an Belarus und Russland richten. Russland muss diesen Krieg beenden, seine Truppen aus der Ukraine abziehen, und sich wieder dazu verpflichten, die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine sowie ihr Recht, ihre Sicherheitsvereinbarungen frei zu wählen, zu achten. Belarus muss aufhören, Russland Vorschub zu leisten und es darf nicht mehr zulassen, dass das Hoheitsgebiet von Belarus als Aufmarschgebiet für den russischen Angriff genutzt wird. Sinnvolle Diskussionen und „business as usual“ bei der Umsetzung des Mandats des Forums werden erst wieder möglich sein, wenn dieser Krieg beendet ist.

Herr Vorsitzender, ich möchte höflich darum ersuchen, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Danke.

1007. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1013, Punkt 3 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DES FSK-KOORDINATORS FÜR HILFSPROJEKTE BETREFFEND
KLEINWAFFEN UND LEICHTE WAFFEN UND LAGERBESTÄNDE
KONVENTIONELLER MUNITION (ÖSTERREICH)**

Herr Vorsitzender,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

gestatten Sie mir, in meiner Eigenschaft als FSK-Koordinator für Hilfsprojekte betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) und Lagerbestände konventioneller Munition (SCA) das Wort zu ergreifen.

Nach einem Ersuchen um praktische Hilfestellung gemäß dem OSZE-Dokument über SCA, das am 26. Januar 2021 auf der 966. Sitzung des Forums für Sicherheitskooperation von der Ständigen Vertretung Aserbaidschans bei der OSZE eingebracht und am 5. Februar 2021 in schriftlicher Form unter der Dokumentennummer FSC.DEL/47/21 an alle Delegationen übermittelt wurde, waren die Teilnehmerstaaten eingeladen, Expertinnen und Experten für die Teilnahme an einem technischen Beurteilungsbesuch vom 28. März bis 1. April 2022 in Aserbaidschan (FSC.DEL/99/22, 18. Februar 2022) zu benennen. Das Ersuchen bezog sich auf die praktische Hilfestellung beim Ausbau der Fähigkeiten der nationalen Behörden Aserbaidschans – insbesondere des aserbaidischen nationalen Minenräumdienstes (ANAMA) – im Hinblick auf die Verminderung der von explosiven Kampfmittelrückständen ausgehenden Risiken und entsprechende Bewältigungsmaßnahmen.

Um den Teilnehmerstaaten im Einklang mit dem OSZE-Dokument über SCA Transparenz über den Bedarf Aserbaidschans und die angefragte Hilfestellung zu verschaffen, möchte ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Zwei Teilnehmerstaaten benannten Experten. Aufgrund der COVID-19-Pandemie umfasste das Team für den Besuch zur technischen Beurteilung jedoch letztlich einen Experten aus einem Teilnehmerstaat, einen externen Berater und mich als FSK-Koordinator für Hilfsprojekte betreffend SALW und SCA.

Ziel des Beurteilungsbesuchs war es, ein besseres Verständnis für das Problem im gegebenen Kontext herzustellen, ausreichende Informationen für die Durchführung einer

Problemanalyse zu sammeln, gegebenenfalls die verschiedenen Optionen zur Lösung des Problems zu ermitteln und das weitere Vorgehen, einschließlich eines Projektplans, zu skizzieren. Um diese Aufgaben zu erfüllen, wurden Recherchen angestellt, Besuche vor Ort im kontaminierten Gebiet sowie unstrukturierte Experteninterviews durchgeführt.

Während des gesamten Besuchs legten die Vertreterinnen und Vertreter des ANAMA gegenüber dem Expertenteam Transparenz an den Tag. Es wurde eine Reihe vorläufiger Feststellungen getroffen, die sich folgendermaßen zusammenfassen lassen: Das betroffene Gebiet ist stark mit Sprengstoffen kontaminiert. Panzerabwehr- und Antipersonenminen stellen die bei weitem größte Bedrohung dar; es liegt jedoch auch eine massive Belastung des Gebiets durch nicht zur Wirkung gelangte Kampfmittel, behelfsmäßige Sprengvorrichtungen und explosive Kampfmittelrückstände vor. Die Durchführung von Maßnahmen zur Verminderung des von explosiven Kampfmittelrückständen ausgehenden Risikos und von entsprechenden Bewältigungsmaßnahmen wird durch die systematische Zerstörung bebauter Gebiete und die wild wuchernden Sträucher und Bäume in den letzten dreißig Jahren zusätzlich erschwert. Auf der Grundlage des vom ANAMA vorgelegten kurz- und mittelfristigen Bedarfs und der anschließenden Besuche und Gespräche vor Ort vertritt das Team die Ansicht, dass sich eine mögliche Hilfestellung der OSZE auf folgende Bereiche erstrecken könnte: Unterstützung der operativen Fähigkeiten, Durchführung technischer Erhebungen, physische Sicherheitsmaßnahmen und Verwaltung von SCA-Lagerbeständen sowie Ausbau der Fähigkeiten zur Kampfmittelbeseitigung und Minenräumung. Nachdem Aserbaidschan in diesen Bereichen bereits einiges an bilateraler und internationaler Unterstützung erhalten hat, wäre es zur Vermeidung von Doppelarbeit wichtig, weitere Informationen zu sammeln und zusammenzuführen.

Im Einklang mit dem Verfahrensablauf bei Vorliegen eines Hilfeersuchens (OSZE-Dokument über SCA, Absatz 35 (ii)) wird nach Abschluss des Beurteilungsprozesses ein Schlussbericht erstellt.

Ich bitte Sie, meine Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.